

## PRESSEMITTEILUNG

## Vorschlag zum Eigenstromprivileg ändert nichts an übermäßigen Industrieausnahmen

Wirtschaftsminister Gabriel plant, die Eigenstromversorgung von Industrieunternehmen stärker bei der EEG-Umlage zu beteiligen. Dies ändert jedoch nichts an den Industrieausnahmen in Höhe von fünf Milliarden Euro, welche die übrigen Verbraucher weiterhin finanzieren müssen.

Das Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) begrüßt die Pläne von Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD), weitere Änderungen bei der Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) vorzunehmen. „Mit der gleichmäßigen Beteiligung der Eigenstromversorgung korrigiert Gabriel den absurdesten Punkt der Reform“, kommentiert Damian Ludewig, Geschäftsführer des FÖS. Nach dem ursprünglichen Gesetzentwurf sollte auf Eigenstrom der Industrie aus fossilen Kraftwerken weniger Umlage bezahlt werden als auf Strom, der von kleinen Gewerbetreibenden aus erneuerbaren Energien hergestellt und selbst genutzt wird. Die Eigenstromversorgung von Industrieunternehmen soll den Plänen zufolge ebenfalls mit 50 Prozent der EEG-Umlage (statt bislang 15 Prozent) belastet werden. Die Regelung greift jedoch nur bei neu gebauten Anlagen, nicht bei Bestands- und Ersatzanlagen.

„Der Vorschlag zum Eigenstromprivileg ändert nichts daran, dass die Industrie über das notwendige Maß hinaus auf Kosten der privaten und mittelständischen Stromverbraucher entlastet wird. Hier gibt es weiterhin großen Handlungsbedarf“, sagt Ludewig. Gemäß Gesetzentwurf können 219 von 246 und damit 90 Prozent aller Industriebranchen weiterhin Ausnahmen bei der EEG-Umlage beantragen. Die Bundesregierung verfehlt ihr ursprüngliches Ziel, künftig nur noch Branchen von der Umlage zu befreien, die im starken internationalen Wettbewerb stehen. „Es bleibt paradox: Unternehmen, die offensichtlich zu Unrecht in der Vergangenheit Subventionen erhalten haben, sollen diese noch über Jahre hinweg bekommen“, so Ludewig weiter.

„Um Industrieausnahmen zu begrenzen, muss der Kreis der antragsberechtigten Unternehmen weiter eingeschränkt und ihr finanzieller Beitrag signifikant erhöht werden“, erklärt Swantje Küchler, Leiterin Energiepolitik beim FÖS. Nach einem Vorschlag von DIW, FÖS, arepo consult und der FAU Erlangen-Nürnberg wäre eine Beschränkung auf die 15 strom- und handelsintensivsten Branchen und damit eine Entlastung der EEG-Umlage um 1 Ct/kWh möglich gewesen, ohne wettbewerbsintensive Branchen zu gefährden.

*Kontakt: Martin Ruck, Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit,  
[martin.ruck@foes.de](mailto:martin.ruck@foes.de), 030-7623991-41*

### Weitere Informationen:

FÖS et al. (2014): Wahlversprechen einhalten: gerechte Kostenverteilung statt übermäßige Industriesubventionen, [www.foes.de/pdf/2014-05-Positionspapier-Industrieausnahmen.pdf](http://www.foes.de/pdf/2014-05-Positionspapier-Industrieausnahmen.pdf)

FÖS (2014): Factsheet zu den geplanten Änderungen bei Industrieausnahmen von der EEG-Umlage, [www.foes.de/pdf/2014-05-FOES-Factsheet-Reform-EEG-Industrieausnahmen.pdf](http://www.foes.de/pdf/2014-05-FOES-Factsheet-Reform-EEG-Industrieausnahmen.pdf)

DIW, FÖS, arepo consult, FAU Erlangen-Nürnberg (2013): Vorschlag für die zukünftige Ausgestaltung der Ausnahmen für die Industrie bei der EEG-Umlage (Kurzfassung), [www.foes.de/pdf/2014-02-FOES-Reformvorschlag-EEG-Ausnahmen-Kurzversion.pdf](http://www.foes.de/pdf/2014-02-FOES-Reformvorschlag-EEG-Ausnahmen-Kurzversion.pdf)